

Landmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



Rundschreiben 4-2010



Grenzstein von Prostken

Heute steht an der Stelle der ursprünglichen Grenzmarkung eine Kopie, das Original gilt als verschollen

Bei Prostken am Ostufer des Flusses Lyck, wenige Kilometer südlich der Stadt wurde im August 1545 die Preußisch-polnische „ostrokollnische Grenzsäule“ aufgestellt. Sie markierte 400 Jahre lang die Südgrenze Preußens. Der rund drei Meter hohe Renaissance-Ziegelpfeiler trägt auf der Stirnseite die Wappen Preußens und Litauens und eine Inschriftentafel (ent. Masuren, lebendige Vergangenheit – zauberhafte Natur)

***Weihnachtslied* (Theodor Storm, 1817-1888)**

Vom Himmel in die tiefsten Klüfte ein milder Stern herniederlacht; vom Tannenwalde steigen Düfte und hauchen durch die Winterlüfte, und kerzenhelle wird die Nacht.

Mir ist das Herz so froh erschrocken, das ist die liebe Weihnachtszeit! Ich höre fernher Kirchenglocken mich lieblich heimatlich verlocken in märchenstille Herrlichkeit.

Ein frommer Zauber hält mich wieder, anbetend, staunend muß ich stehn; es sinkt auf meine Augenlider ein goldner Kindertraum hernieder, ich fühl's, ein Wunder ist geschehn.

Liebe Landsleute und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen in NRW,

rasch nähern wir uns dem Jahresende und beenden das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts beziehungsweise des dritten Jahrtausends.

Was unsere Landesgruppe betrifft, war es erfreulich, daß wir im Frühjahr unseren geschäftsführenden Landesgruppenvorstand wieder komplettieren konnten. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den Herren Arnold Schumacher und Wilhelm Kreuer für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Wir haben unsere internen diesjährigen Aufgaben und Ziele abgearbeitet. Leider haben sich in diesem Jahr wiederum mehrere Gruppen unserer Gemeinschaft abgemeldet. Darüber sind wir sehr traurig und bitten deshalb verstärkt, unter den Landsleuten in NRW für Einzelmitgliedschaften zu werben. Dazu sollte uns die Heimatliebe in unseren Herzen beflügeln und die notwendige Kraft und Beständigkeit verleihen.

Dr. Wolfgang Thüne schreibt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar! Unsere Würde wurde mit Füßen getreten, schlimmer, wir wurden aus der Heimat verjagt, unser Hab und Gut geraubt. Das schreit nach Wiedergutmachung! Wer hierüber den Mantel der Geschichte breiten will, macht sich mitschuldig an den schon begangenen wie künftigen Verbrechen an der Menschheit. Alle Verletzungen von Menschenrechten müssen bestraft und gesühnt werden, wo auch immer auf der Welt sie begangen wurden“. Auf Schloss Burg (am 11. Juli 2010) sagte Hubert Maessen zu uns: „Ja, man darf das Recht nicht aufgeben, auch wenn man es nicht bekommt. Und die Vertriebenen werden es wohl nicht mehr bekommen. So ist die Realität im Jahr 2010 und den kommenden“.

Ostpreußen wird also auch weiterhin im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts unsere **unvergessene Heimat** und unser aller gemeinsame Aufgabe bleiben. Geben wir den Anspruch auf eine selbstbestimmte Zukunft nicht auf und stellen wir uns verstärkt dieser Aufgabe.

So darf ich in diesem Sinne Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest, besinnliche Tage zwischen den Jahren und Frieden mit persönlichem Wohlergehen im kommenden Jahr 2011 aufs herzlichste wünschen.

In heimatlicher Verbundenheit grüßt Sie

Ihr

Jürgen Zauner

Landesgruppenvorsitzender



Termine:

12. März 2011 - Frühjahrstagung der Landesgruppe NRW

27.-29.05.-2011- Ostpreußentreffen in Erfurt

10. Juli 2011 - Kleines Ostpr.-Treffen Schloß Burg

22. Okt. 2011 - Herbst-Kultur- u. Frauentagung

Spendeneingänge:

Sammlung Schloß Burg 2010, Fahrgeldspende,
Gruppe Hagen

Artikel vom: 12.07.2010

Ostpreussen feiern auf Schloss Burg

(jw) Schloß Burg. Funkelnd glänzen die gelben Steine mit der Sonne um die Wette. Bernstein ist ein typisches Symbol für Ostpreußen. Und so durfte auch an diesem Sonntag ein Stand mit Bernsteinschmuck nicht fehlen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen hatte nach Schloß Burg zur 14. Kulturveranstaltung eingeladen. Zahlreiche Vertriebene ließen vor dem Batterieturm ihre alte Heimat wieder aufleben.

Zu Beginn wurde das Schicksal der Vertriebenen deutlich ins Bewusstsein gerufen - mit Glockenläuten und einer Kranzniederlegung zum Gedenken derer, die auf der Flucht ums Leben kamen. Wuppertals Bürgermeisterin Ursula Schulz würdigte die Leistung der Vertriebenen: "Sie haben beim Wiederaufbau eines völlig zerstörten Landes geholfen, mußten sich kulturell integrieren und haben trotzdem ihre eigene Herkunft bewahrt."

Zudem unterstrich sie die Wichtigkeit der Veranstaltung: "Vertreibung und Flucht ist ein Thema, das alle Menschen auf der Welt betrifft, denn es gibt immer wieder Krieg." Lothar Krebs appellierte, das Geschichtsbewußtsein der nachfolgenden Generationen zu schulen: "Die völlige Mißachtung der Menschenrechte darf nicht vergessen werden", so der Remscheider Bürgermeister.

Großen Anklang fand auch der Vortrag von Hubert Maessen. Der WDR-Redakteur ging auf politische Reden ein, in denen zuletzt häufig das Unrecht der Vertreibung mit den Naziverbrechen der Deutschen relativiert wurde.

Dies lasse sich jedoch nicht mit den Grundgesetzen vereinbaren. "Vertreibung ist nicht mit einem anderen Unrecht zu rechtfertigen. Es gibt kein geteiltes Menschenrecht", sagte Maessen und sprach damit den Zuhörern aus der Seele.

Bei ostpreußischen Spezialitäten konnten die Zuschauer dann in Erinnerungen an die alte Heimat schwelgen. Elli Weber nahm das Publikum bei ihrem Gedichtvortrag mit auf eine Reise in die dunklen Wälder Ostpreußens.

Für die musikalische Untermalung sorgten die Dabringhauser Musikanten und die Sängerefreunde der Feuerwehr Ennepetal, für schwungvolle Tänze die rüstige Senioren-Volkstanzgruppe Wuppertal.

Großes Ostpreußen-Jubiläum in Rostock

2.000 Besucher beim 15. Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern

ROSTOCK - Zum 15. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern waren am Sonnabend, dem 25. September 2010, mehr als 2.000 Besucher in die Stadthalle Rostock gekommen. Mit etlichen Bussen reisten wieder ganze Kreis- und Ortsgruppen an, darunter drei Busse aus dem Raum Anklam-Greifswald-Neubrandenburg. Die Organisatoren hatten zuvor 70 Zeitungen angeschrieben und viele Einladungen verschickt. 30 Helfer aus Anklam, Neubrandenburg und Rostock sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Als sehr nützlich erwiesen sich wieder die anderthalb Meter großen selbstgefertigten Schilder aller 40 ostpreußischen Heimatkreise auf den Tischen mit den dazugehörigen Anwesenheitslisten. So konnten sich die Landsleute anhand der Eintragungen leichter finden. Ungezählte Wiedersehensfreude war zu beobachten. Wer kurz vor Beginn den brechend vollen Saal betrat, fand nur noch auf den Rängen Platz.

Feierstunde

Der Landesvorsitzende der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Schukat, eröffnete eines der bestbesuchten Landestreffen. Er konnte fast 300 neue Gäste begrüßen, die erstmalig dabei waren, darunter die mit 99 Jahren älteste Teilnehmerin Frieda Glanden aus Garbassen, Kreis Treuburg, und die Studentin der Universität Quebec, Gesa Bierwerth aus Kanada. Einmal im Jahr ist so eine symbolische Auferstehung Ostpreußens zu erleben. Ohne den Fall der Mauer, ohne die Wiedervereinigung Deutschlands vor 20 Jahren wäre dies alles unmöglich, so Manfred Schukat unter dem Beifall der Gäste. Den musikalischen Auftakt machte das Blasorchester der Hansestadt Rostock. Umrahmt vom Marsch „Preußens Gloria“ zogen die Fahnen aller 40 ostpreußischen Heimatkreise und 20 weitere landsmannschaftliche Fahnen ein, von den Teilnehmern mit stehendem Applaus begrüßt. Danach sprach Pfarrer Dr. Daniel Havemann das geistliche Wort über die Heilung eines Taubstummen, den Jesus berührte und zu dem er sagte „Hephata – tu dich auf“. Pfr. Dr. Havemann verband dies mit einer sehr persönlichen Familiengeschichte: 1945 war seine Großmutter eine junge Frau, die mit ihrer Mutter und ihrem Töchterchen aus Tilsit bis Rathenow geflüchtet war. Nach einem Bombenangriff lag das Kleinkind reglos in seinem Wäschekorb – tot? Nein, es lebte noch und wurde später seine – des Pfarrers – Mutter. Auch der Korb hatte die Zeiten überstanden und war in der Familie in Gebrauch. Niemand wusste um seine Geschichte – bis die Großmutter sie vor kurzem erzählte. Diesen Wäschekorb hatte der Pfarrer mitgebracht. Leid und Heimatverlust hatten viele Flüchtlinge stumm gemacht – und ihre Umwelt taub für das Schicksal dieser Menschen. Es bedurfte der Berührung und der Bereitschaft zum Zuhören, damit der andere sich öffnen und endlich sprechen konnte. Im Saal herrschte feierliche Stille – so sehr hatte Pfr. Dr. Havemann die Ohren und Herzen seiner Zuhörer erreicht. Sie erhoben sich zum Totengedenken mit dem Gedicht „Wagen an Wagen“ von Agnes Miegel, begleitet vom Bläserstück „Ich bete an die Macht der Liebe“, und stimmten anschließend in ihre Heimathymne - das Ostpreußenlied - ein.

Litauischer Botschafter

Zum zweiten Mal konnten die Ostpreußen in M-V den Botschafter der Republik Litauen in Deutschland in ihrer Mitte begrüßen – diesmal S.E. Mindaugas Butkus, der seit einem Jahr sein Land in Berlin vertritt und die Veranstaltung in Rostock mit seinem Besuch beehrte. Der Botschafter betonte vor allem die 700-jährige deutsch-litauische Nachbarschaft und das überwiegend fruchtbare Verhältnis Ostpreußen - Litauen. Dafür stehen Namen wie Christian Donalitus, Dr. Wilhelm Storost-Vydunas, Johannes Bobrowski und andere. Viele Ortsnamen auf den Schildern waren ihm bekannt. Und so lud er die Teilnehmer zu Besuch in das heutige Litauen ein. Für seine Ausführungen erntete der Botschafter nicht nur den Applaus der versammelten Ostpreußen und herzliche Dankesworte, sondern auch echten ostpreußischen „Meschkinnes“ – eine Flasche Bärenfang. Die Grüße der Landsmannschaft Ostpreußen überbrachte Hubertus Hilgendorf, Kreisvertreter von Rastenburg. Weitere Grußworte entboten Holger Matthäus, Senator der gastgebenden Hansestadt Rostock, MR Ulrich Hojczyk vom Kultusministerium M-V, Barbara Ruzewicz vom Dachverband der deutschen Vereine in Ermland-Masuren und Reinhard Wegener vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. In seiner Entgegnung berichtete Manfred Schukat von zahlreichen Besuchen der Soldatenfriedhöfe in Ostpreußen, Pommern und Schlesien mit seinen Heimatreisegruppen. Eine spontan durchgeführte Spendensammlung erbrachte über 1.300,-€ für die umfangreiche Arbeit der Kriegsgräberfürsorge. Die Feierstunde wurde in dankbarem Gedenken an 20 Jahre Wiedervereinigung mit dem stehend gesungenen Deutschlandlied und einem Platzkonzert des Blasorchesters der Hansestadt Rostock beendet.

Grüße aus der Heimat

In der Mittagspause mit Königsberger Klopsen war reichlich Gelegenheit zum Suchen und Kennenlernen an den Tischen der Heimatkreise. Dicht umlagert wurden auch der Anklamer Bücherstand mit Heimatliteratur, Landkarten, großen und kleinen Flaschen „Bärenfang“, dessen Umsätze in die Deckung der Unkosten des Treffens fließen. Der Bund Junges Ostpreußen, eine Bernsteinverkäuferin und der Handarbeitsstand der Schweriner Ostpreußengruppe hatten ebenfalls regen Zuspruch. Zur Unterhaltung spielte das Harmonika-Duo Ulla & Willi auf. Bei Kaffee und Kuchen am Nachmittag richteten sich alle Augen, Fotoapparate und Kameras auf die mit Fahnen und leuchtenden Sonnenblumen festlich geschmückte Bühne. Unter der professionellen Moderation von Heimatsänger Bernd Krutzinna alias „Bernstein“ standen am Nachmittag viele Ensembles auf dem Programm. Zuerst brachte der Shanty-Chor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde stimmungsvolle Seemannslieder und -potpourris zu Gehör. Die blauen Jungs hatten ihren Zuhörern zur Freude eigens das Ostpreußenlied einstudiert. Zu diesem Treffen waren

auch wieder etliche Landsleute aus der Heimat eingeladen. Die Chöre der deutschen Vereine aus Lötzen, Heilsberg, Bartenstein und Osterode hatten die weite und tagelange Anreise mit zwei Bussen aus Ostpreußen bis nach Rostock nicht gescheut. Festlich gekleidet zeigten sie ihr Können mit Heimatliedern und Gedichten. Das Tanzensemble der Jugendgruppe „Tannen“ aus Osterode präsentierte sich mit modern gestalteter Folklore. Eine Augenweide war ebenfalls die Kinder- und Jugendtanzgruppe „SAGA“ aus Bartenstein, die mit hübschen ostpreußischen Trachten und Volkstänzen aufwartete. Auch Heimatsänger Bernstein brachte bekannte und neue, oft selbst verfasste Ostpreußenlieder aus seinem beliebten Repertoire zu Gehör. Als engagierter Moderator verstand er es, einige Mitwirkende an das Mikrofon zu holen und selber zu Wort kommen zu lassen. Vom Chor aus Memel, der aus finanziellen Gründen leider nicht teilnehmen konnte, wurden die Grüße der Vorsitzenden Magdalena Piklaps übermittelt. Zwischendurch gab es immer wieder Suchanfragen, die per Mikrofon öffentlich ausgerufen wurden.

Großes Finale

Bis zuletzt ließ in der großen Stadthalle die frohe Stimmung der Ostpreußen nicht nach. Zum „Großen Finale“ wurden alle Mitwirkenden auf die Bühne gerufen. Gemeinsam stimmten sie mit den Besuchern noch einmal das Ostpreußenlied an und fassten sich zum Zeichen der Verbundenheit an die Hände. Ehe die Busse abfuhren, sprach Manfred Schukat das Schlusswort. Er dankte der fleißigen Helferschar und lud die Ostpreußen ein zum Deutschlandtreffen am 28. - 29. Mai 2011 in Erfurt sowie zum nächsten Landestreffen M-V am 1. Oktober 2011 wieder in der Stadthalle Rostock. Im kommenden Jahr sind ebenfalls zahlreiche Heimatfahrten geplant. Besonders erfreulich war, dass der NDR die Veranstaltung filmte und am Abend einen Bericht im Nordmagazin sendete. Ostpreußen bleibt weiterhin ein Thema, das hat dieses Landestreffen einmal mehr gezeigt.

Friedhelm Schülke, Anklam

2 Fotos: CIMG 6430 = volle Stadthalle, CIMG 6443 = Chor aus Heilsberg

Grenzübergang - An der polnisch-russischen Grenze wird am 7. Dezember ein neuer Grenzübergang "nach europäischen Normen" eröffnet, teilte die russische Grenzkontrollbehörde Rosgraniza mit. Der neue Übergang Grzechotki-Mamonowo II (dt. Ortsnamen: **Rehfeld-Heiligenbeil**) reanimiert das dort seit 1945 unterbrochene Teilstück der einstigen Reichsautobahn Berlin-Königsberg.

Die Kapazität des neuen Übergangs zwischen Elblag (Elbing) und Kaliningrad wurde auf 2600 PKW, 1250 Lastwagen und 150 Busse pro Tag ausgelegt. Für den Güterverkehr stehen am russischen Terminal in jeder Richtung sieben Abfertigungsspuren, für den PKW-Verkehr vier und für Busse eine zur Verfügung. Der Bau wurde von der Europäischen Union mit 13,3 Millionen Euro gefördert. Der russische Staat leistete einen Beitrag von umgerechnet circa 5,4 Millionen Euro. Dank eines dort implizierten Systems zur elektronischen Voranmeldung und Fracht-Deklaration werde die Abfertigung beschleunigt ablaufen, so die Behörde. Der alte Grenzübergang bei Mamonowo war nur für Fahrzeuge bis sechs Tonnen passierbar. (ld)

Quelle: <http://www.verkehrsrundschau.de/kurz-vermeldet-23-november-2010-987923.html>

Westerwelle holt sich Polen als Berater

Berlin - Der ehemalige Deutschland- Korrespondent der Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" Wojciech Pomianowski, der heute zweiter Mann in der polnischen Botschaft in Berlin ist, zieht offenbar zu Herrn Westerwelle als Berater ins Aussenministerium ein. Einen Platz hat der Pole, der angeblich besser deutsch sprechen soll als Wolfgang Schäuble, auch bereits gefunden. Er wird neben Cornelia Pieper, Staatsministerin für die deutsch-polnische Sache arbeiten und mit seinen Ratschlägen auch Herrn Westerwelle persönlich formen.

Bisher war Frankreich das einzige Land mit dem das deutsche Außenministerium den Austausch von hochrangigen Beamten betrieb. Im Rahmen der zunehmenden Globalisierung will man nun offenbar auch Kooperationen mit der polnischen Diplomatie fördern, denn im Gegenzug für den Einsatz Pomianowskis am Werderschen Markt in Berlin, soll alsbald auch ein deutscher Diplomat im Warschauer Aussenministerium unterkommen. Beide Arbeitsverhältnisse beginnen angeblich im kommenden August.

Wie man aus der polnischen Botschaft in Berlin vernimmt, soll der Stellvertreter von Marek Prawda dafür sorgen, dass seine deutschen Kollegen lernen "einige Dinge" bis zu einem gewissen Grad auch durch eine polnische Brille zu sehen. Hierbei gehe es vor allen Dingen um die Diskussion über viele offene und schwierige Fragen wie Eigentum und Doppel- Staatsbürgerschaft, die Zukunft der Preussischen Bibliothek in polnischen Händen und der Vorbereitung des 20. Jahrestages des deutsch-polnischen Vertrages vom 17. Juni 1991.

Diese neue Form der diplomatischen Zusammenarbeit dürfte tatsächlich schwierig werden, denn Warschau ist bekanntlich nicht an Gesprächen über die Zukunft der festgehaltenen Preußischen Bibliothek interessiert..

...

Copyright © Polskaweb News – 22.06.2010

<http://polskaweb.eu/polnischer-diplomat-findet-arbeit-im-auswaertigen-amt-7467673.html>

Polen: Gigantische öffentliche und private Schulden

Poznan (Posen) - Wie deutsche Medien aus Schrott Gold machen und wer hiervon hauptsächlich profitiert, kann man am besten aus der Ferne erkennen. Die ungeliebten Kollegen wie vom Springer Verlag, der Zeit, FAZ oder Burda sind immer an vorderster Stelle zu finden, wenn es darum geht nicht nur polnische Tatsachen zu verdrehen. Sie und ihre Auftraggeber aus Politik, Wirtschaft und Finanzbranche können nicht so stupid sein zu erkennen, daß Polen keiner Zeit nach dem EU- Beitritt des Landes auch nur im Ansatz

ein Wirtschaftswunder erlebt hat. Man muß sich nicht einmal vor den Fernseher setzen um die wahre Lage im Lande dann kommentieren zu können, denn man sieht und fühlt es überall, daß in Polen der Wurm drinne ist: Neue ausländische Investitionen annähernd bei Null, Tätigkeiten des Baugewerbes lokalisiert man nur noch über Google Earth, Einfrierung von Löhnen, 100 Milliarden neue Staatsschulden in den letzten 12 Monaten und bereits über 2 Millionen Polen, die privat als überschuldet gelten.

Ein Teufelskreis

Wir wissen schon, daß die Tusk Regierung seit Beginn dieses Jahres die Staatsverschuldung um 51 Milliarden, auf 721 Mrd. Zloty hochgetrieben hat. Ehemalige Finanzminister und bekannte Wirtschaftsexperten rechnen nun auch noch damit, daß bis zum Jahresende, egal nach welcher Methode man zählt, ein weiteres Minus von ca. 58 Milliarden Zloty die Staatskasse belasten wird. Dies wird bedeuten, daß Polen bei weitem die von der EU vorgegebene Schuldengrenze von 55 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) überschreiten wird und laut Verfassung demnach radikale Einsparungsmaßnahmen automatisch greifen müssen. Dies ist ein ernstes Problem für den Staat und seine Bürger und wird zuerst wieder einmal die eh schon am Hungertuch nagenden Rentner am härtesten treffen, denn ihre angeblich geplanten Rentenerhöhungen müssen eingefroren werden, was auch für Bezüge und Gehälter im öffentlichen Dienst gilt. Auf eine alternative Neuverschuldungsbremse kann Warschau aber nicht einmal treten, da dies dann nur das völlige Aus für wichtigste staatliche Investitionen bedeuten würde. Nun kann man staatlicherseits nur noch auf eine relevante Stärkung der polnischen Währung hoffen, die allerdings Millionen "unschuldigen" privaten Schuldnern vollends den Hals brechen könnte.

Polen ertrinken in einem Meer von Schulden

Von ihren Wählern und der Verwandtschaft aus der Beamtengilde getrieben, reagiert die Regierung in Warschau auf die derart gestiegene Neuverschuldung fast Panikartig. Als erste Maßnahme wurde die Mehrwertsteuer mit Wirkung zum Ende des Jahres um ein Prozent erhöht, Wasser, Strom und Gaspreise hat man bereits um etwa 10 Prozent angehoben. Für Raucher soll es jetzt bald auch noch schlimmer kommen, eine "spürbare" Erhöhung der Verbrauchersteuern wurde angekündigt. Alles in allem bedeutet die Schuldentreiberei der Tusk Regierung für den Normalbürger einen weiteren Schritt in die Abhängigkeit von Sklaventreibern und Gläubigern. Bald werden auch die EU- Mittel weniger und alles wird mit Sicherheit noch viel schlimmer kommen. Nach neuesten Statistiken aus dem polnischen Schuldnerregister sind bereits über 2 Millionen Polen überschuldet. Viele von ihnen können schon kaum noch schlafen, haben Selbstmordgedanken und Angst wenn es an der Tür klopft. Medien und Politiker im In- und Ausland versprechen den Polen schon seit Jahren in einem wahren Dauerfeuer eine goldene Zukunft. In ihrer Euphorie sind anständige Menschen in diesem Zusammenhang auf unzählige Werbebroschüren von Banken und der Industrie hereingefallen, haben Elektrogeräte, Kleidung für die Kinder, Autos, Wohnungen und Häuser gekauft. Jetzt hat sie die khasaren Mafia am Wickel und anstatt Gold gibt es bald nur noch "Ein Zloty" Jobs.

Medien Auftragstäter

Der schon seit Jahren stagnierenden wirtschaftlichen Infrastruktur Polens droht bereits der grüne Überwuchs, doch in Deutschland, Österreich und der Schweiz promoten die Medien ausgerechnet jetzt, zunehmend einfallsreicher, polnische Staatsanleihen, also Wertpapiere eines Landes, dessen wirtschaftliches Wachstum nicht einmal in den Sternen steht. Was sehen diese was wir hier in Polen nicht sehen ? Zu welchen Zahlen und Informationen haben sie Zugang, den wir nicht haben ? Man muß sich manchmal beim Studium deutschsprachiger Medien tatsächlich äußerst zusammenreißen, der mangelnden Intelligenz oder auch teilweise kriminellen Energie vieler ihrer Journalisten. Außer das polnische Politiker sich im Ausland regelmäßig Auszeichnungen und Komplimente zu ihrer angeblich vorbildlichen und überaus erfolgreichen Wirtschaftspolitik abholen und so aus Zeitgründen kaum zum Arbeiten kommen, passiert eigentlich nicht wirklich Bedeutendes beim unsichtbaren "Aufbau" dieses Landes. Und ob man in Gleiwitz oder Posen einen Opel bzw. Volkswagen mehr oder weniger herstellt, verändert das Bild in der Staatskasse oder dem Geldbeutel der Polen nicht.

Milliarden für die Mafia

Die erst vor einigen Monaten vom Internationalen Währungsfond (IWF) an Polen vergebene "flexible Kreditlinie", eine nachweislich aufgedrängte Abzocke von Soros, Rothschild und anderen Khasaren, im Volumen von 20,4 Mrd. US-Dollar, kostet dem polnischen Steuerzahler pro Monat 160 Millionen Zloty Bereitstellungszinsen, was auch gleichzeitig den einzigen Zweck dieses dubiosen Kreditgeschäftes spiegelt. Und was die vielen Milliarden EU- Hilfen und Kredite angeht, sollte man nach einer oberflächlichen Bestandsaufnahme meinen, daß diese Gelder nicht einmal teilweise in Polen angekommen sind, sondern dort möglicherweise landeten, wo auch Pharma und Finanzbetrüger ihre ergaunerten Milliarden parken. Die vielversprochene, wunderbare neue Infrastruktur Polens ist zum größten Teil bisher nicht über die Planungsphase hinausgekommen und wenn Deutschland im kommenden Jahr seinen Arbeitsmarkt auch für Polen öffnen muß, werden Millionen Arbeitssuchende froh sein, wenn sie die letzten Schlaglöcher vor Cottbus oder Frankfurt an der Oder hinter sich gelassen haben.

Polen auf dem Sklavenmarkt

An ein Wirtschaftswunder im eigenen Lande glauben die meisten Polen schon lange nicht mehr. Ihre Politiker haben sie verraten und für 4 Euro die Stunde an eine gierige Weltfinanz- und Wirtschaftsmafia verkauft, die schon über Generationen im Sklavengeschäft Erfahrung hat.

Copyright © Polskaweb News, 20.09.2010

Der „Überfall“, der keiner war

Eine Auseinandersetzung mit dem NDR Hamburg

Deutsche Fernseh-Anstalten berichten gern über den II. Weltkrieg. Das ist gut. Es ist besonders wichtig für die jüngeren Generationen. Sie sollen wissen, was und wie es war. Und warum. Das erfordert Objektivität und Verantwortung. Information – nicht Indoktrination. Doch damit tun sich manche TV- Verantwortliche schwer. Allzu oft hat man den Eindruck: Die Umerziehung, gleich nach Kriegsende den besiegten Deutschen auferlegt, trägt Früchte. Nicht Tatsachen sind Grundlage so genannter „Dokumentationen“, sondern Ideologien, geschichtliche Zerrbilder. Wer Tatsachenverläufe noch aus eigener Anschauung kennt, reibt sich immer wieder verwundert die Augen, was 65 Jahre nach Kriegsende so alles „dokumentiert“ wird – über ein Land, das rücksichtslos seine Nachbarn überfiel, über Soldaten, die am laufenden Band Verbrechen begingen, von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch zweier

Weltkriege gar nicht erst zu reden. Da muß sich die Jugend doch fragen. Was waren das bloß für Menschen, unsere Väter und Großväter?! Wie weit sind wir nun „umerzogen“ und durch die political correctness geprägt?

„Erst, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, dann erst kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.“

Der bekannte amerik. Kommentator Walter Lippmann am 20.11.1982 in „Die Welt“. Jetzt die Sendung „Der Überfall“, Beispiel für ein geschichtliches Zerrbild. Eher Agitation denn Dokumentation. Ein Film, dem ich – als einer von vielen empörten Mitbürgern – Widersprochen habe. Die Jugend sollte sich nicht mit einer einseitigen Sicht der Dinge beruhigen lassen – sie sollte fragen und hinterfragen. Es war eben nicht alles so, wie der NDR glauben machen will. Ob er aber den Mut zu einer Korrektur haben wird?

Lutz Radtke, Haus am Zieglersberg, 64732 Bad König, Telefon (06063) 2130, Telefax (06063) 57274

Der Spiegel - Panorama - 45/2010 vom 08.11.2010: Angriff aufs deutsche Erbe.

Es kommt nicht oft vor, daß Aufruhr herrscht in Rußlands Exklave Kaliningrad, dem früheren ostpreußischen Gebiet rund ums einstige Königsberg. Seit Ende Oktober aber sehen sich die Behörden einer Welle des Unmuts ausgesetzt: Historiker, Künstler und Schriftsteller, darunter die Chefs des PEN-Zentrums, des lokalen Symphonieorchesters und des Schriftstellerverbands, haben in einem offenen Brief die „aggressive Klerikalisierung“ des Landes angeprangert. Immer rücksichtsloser strebe die eng mit dem Staat verbandelte Russisch-Orthodoxe Kirche nach Vermögen und Machtzuwachs.

Kuratorium Arnau e.V - Information vom 02.11.2010

Der russisch-orthodoxe Griff nach der Kirche Arnau.

Die St. Katharinenkirche in Arnau/Marjino unmittelbar vor den Toren Königsbergs ist die zweitälteste Kirche des historischen Ordensgebietes. Sie zeichnet sich durch ihre besondere Architektur sowie durch ihren für Europa einmaligen Heilsspiegel (Seculum humanae salvationis) aus. Die Kirche hat den Krieg unbeschadet überstanden und wurde nach 1945 von der örtlichen Kolchose als Getreidespeicher genutzt. - Nach Insolvenz der Kolchose wurde die Kirche ein Opfer des Vandalismus und lief 1992 Gefahr, als Halbruine abgerissen zu werden ... Das „Kuratorium Arnau e.V.“ verhinderte die Zerstörung ...

Vollständigen Artikel unter:

<http://www.Kuratorium-Arnau.net/aktuelles/>

Konzeption für Vertriebenenstiftung vorgelegt

- unwissenschaftlich, viele falsche Fakten -

Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien

Zugegeben, der Direktor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Prof. Dr. Manfred Kittel, stand bei der Ausarbeitung eines Eckpunktepapiers für die Dauerausstellung vor einer schwierigen Aufgabe. Die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung sollen nach der politischen Vorgabe im Kontext des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik im Geiste der Versöhnung wach gehalten werden, was einschließt, historische Fakten daran auszurichten, nicht ins Bild passende Fakten auszublenden oder ihnen eine entsprechende Deutung zu geben. Der Bezug auf das NS-Regime erfolgt dann auch an mehreren Stellen, auch mit dem Hinweis, die Vertreibung sei eine Folge nationalsozialistischer Politik und ihrer Verbrechen.

Ganz so, als sei dies eine natürliche Folge und beruhe keineswegs auf verbrecherischen Entscheidungen politisch Verantwortlicher. Obwohl in dem Papier versichert wird, aufrechnenden Deutungsversuchen zu widerstehen, sind die häufigen Verweise auf Taten des NS-Regimes aber nichts anderes als Aufrechnung. Exemplarisch für diese Methode ist das Massaker von Nemmersdorf. Die Sowjetarmee habe seit zwei Jahren Dorf um Dorf und Stadt um Stadt ihres völlig verwüsteten Landes zurückerobert und sei zudem von ihrer Führung zu Racheaktionen aufgerufen worden, so die auf Verständnis angelegte Erklärung.

Auffällig ist, daß wiederholt von einer deutschen Expansionspolitik gesprochen wird, die polnische oder sowjetische Expansionspolitik aber aus offensichtlicher Rücksichtnahme ausgespart bleibt. Die sowjetischen Überfälle auf Finnland, die baltischen Staaten und Polen bleiben außen vor, ebenso die damit einhergehenden Vertreibungen und Ansiedlungen von Russen. Die Einverleibung des rumänischen Bessarabien – kein Thema. Was ist mit der Verschleppung von einer Million Polen nach Sibirien aus dem von den Sowjets 1939 besetzten Teil?

Deutsche Minderheiten werden als Spielball der deutschen Außenpolitik bezeichnet. Auf Revisionsbestrebungen Deutschlands und Ungarns wird eingegangen. Polens Revisionsbestrebungen, zum Großteil sogar militärisch durchgesetzt, fehlen. Natürlich gab es deutsche und ungarische Revisionsbestrebungen, allerdings begründeten sich diese in der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts. Im Fall Deutschland wurden Territorien mit großer deutscher Mehrheit abgetrennt (Sudetenland, Danzig, Teile Westpreußens, Teile Oberschlesiens). Ungarn betreffend verhielt es sich ähnlich. Polnische Revisionen bezogen sich dagegen auf Gebiete mit polnischen Minderheiten. Das Verschweigen dieses Sachverhalts verbaut den Blick auf die damalige Stimmungslage in Deutschland.

Der polnische Überfall auf die nachrevolutionäre Sowjetunion im Mai 1920, der mit der Annexion des sogenannten Ostpolen endete, wird als Kampf zwischen Polen und Litauen um Wilna verniedlicht und verfälscht die Geschichte. Der Versuch der Annexion großer Teile Oberschlesiens durch die polnische Armee und von ihr ausgerüsteter Insurgenten im Mai 1921, nach erfolgreicher Volksabstimmung für Deutschland, ist nach dem Papier kein Angriff auf die territoriale Integrität Deutschlands, sondern nur ein deutsch-polnischer Konflikt um Oberschlesien. Die Annexion des Olsa-Gebiets durch Polen (Teschen) 1938 zu Lasten der Tschechoslowakei und die Vertreibung dort lebender Deutscher und Tschechen sind überhaupt kein Thema. Das Eckpunktepapier enthält eine Reihe weiterer historisch falscher Aussagen und Halbwahrheiten. Von „wildem Vertreibungen“ vor der Potsdamer Konferenz ist die Rede, jedoch wird unterschlagen, daß Polen schon im Mai 1945 die Rückkehr hunderttausender Flüchtlinge durch Sperrung der Brücken über Oder und Neiße verhinderte. Falsch ist auch die Aussage, die nachfolgenden Vertreibungen seien auf der Grundlage der Potsdamer Konferenzbeschlüsse erfolgt. Dies trifft für Stettin und das westlich der Oder gelegene Land nicht zu, denn dieses Gebiet wurde später zusätzlich annektiert. Unsinnig ist die Feststellung, der Vertreibung sei von den Alliierten aus dem Gesichtspunkt ethnischer Entflechtung zugestimmt worden. Was kann in nur von Deutschen bewohnten Gebieten entflichtet werden?

Kittler spricht von der Ermordung von bis zu sechs Millionen polnischer Staatsbürger unter deutscher Besatzung. Dabei verwendet er das Wort „Ermordung“ auch für die im Krieg gefallenen polnischen Soldaten oder für die im Krieg zu Tode

gekommenen Zivilpersonen. Hunderttausende Polen, die durch die sowjetische Armee ihr Leben verloren, ob ermordet wie in Katyn oder in Kampfhandlungen, werden den Deutschen angelastet. Auch wenn bei den gut drei Millionen polnischer Juden ohne Abstriche von Mord gesprochen werden muß, sollte der Anteil der Polen selbst an diesem Holocaust nicht verschwiegen werden.

Der Historiker Feliks Tych, polnischer Jude aus Warschau, legte am 27.01.2010 in einer Rede im Deutschen Bundestag detailliert dar, wie tief die polnische Bevölkerung in die Ermordung der polnischen Juden verstrickt war, und zwar durch eigene Mordhandlungen wie in Jedwabne oder durch Zuführung der jüdischen Mitbürger an die deutsche SS. Polnische Wissenschaftler gaben im vergangenen Jahr im Übrigen die Kriegsverluste mit 5,7 Mio. an. Angemerkt sei, daß der Autor keine Zahl für die Vertreibungstoten nennt. Wiederholt hebt Kittler auf die Ideologie des Dritten Reiches ab, sogar der erst in Ansätzen umgesetzte Generalplan Ost spielt dabei eine wesentliche Rolle. Auch Einzelheiten wie die Existenz eines Umsiedlerlagers für Volksdeutsche in Lodz oder das dort eingerichtete Großghetto als Zwischenstation für Transporte von Juden in Vernichtungslager werden ausgebreitet. Nähere Ausführungen fehlen allerdings, wenn es um deutsche Opfer geht. Die Feststellung des hochangesehenen ungarischen Schriftstellers Peter Esterházy, Europa habe sich daran gewöhnt, eigene Missetaten durch deutsche Missetaten zu verdecken, wird in dem Eckpunktepapier an vielen Stellen bestätigt. Vertreibungen als Kriegsfolge oder als Folge der NS-Politik hinzustellen ist zwar bei Politikern üblich, von einem seriösen Historiker erwartet man jedoch eine Bewertung, die an dem Recht und an der Historie orientiert ist. Falsch ist auch, Vertreibungen nur Diktaturen zuzuschreiben. Weiß Kittler nicht, daß die Sudetendeutschen vertrieben wurden, bevor die Tschechoslowakei 1948 kommunistisch wurde? Weiß er nicht, daß die polnische und die tschechoslowakische Exilregierung in London, beide nicht kommunistisch, die Alliierten während des Krieges ständig bedrängten, der Vertreibung der Deutschen zuzustimmen?

Die ideologischen Triebfedern dafür bleiben bei ihm völlig ausgeblendet. Die Vertreibung anderer europäischer Volksgruppen, im Papier nur nebenbei angemerkt, zeigen deutlich auf, daß Vertreibungen immer auf Nationalismus oder Rassismus beruhen, oder wie Exbundespräsident Herzog 1994 feststellte, im Fall der Sowjetunion auch imperialistischen Zielen dienen. Die gegen Deutsche gerichteten Vertreibungsdekrete gehören bei Kittler zu den Tabuthemen. So bleibt ihr rassistischer Hintergrund verborgen, der z. B. in dem polnischen Dekret Nr. 111 vom 12.09.1947 über die Eliminierung deutscher Kinder aus der polnischen Volksgemeinschaft offenkundig ist. Wieso die Beschönigungen? Verharmlosungen und Beschönigungen finden sich auch bei der Beschreibung des eigentlichen Vertreibungsaktes. Von Gewaltexzessen ist die Rede, so als ob es sich nur um Einzelfälle gehandelt hätte. Ganz anders dagegen die Sprache, wenn Deutsche die Täter waren. Auch die Plattitüde von der zu späten Evakuierung vor der Roten Armee, die für die Gräueltaten an Deutschen verantwortlich sei, wird wiederum entschuldigend für die Täter ins Feld geführt. Eine besondere Geschmacklosigkeit leistet sich der Autor bezüglich Nemmersdorf. Nicht die Empörung über das Massaker steht bei ihm im Vordergrund, sondern das Wehklagen darüber, daß diese Barbarei von der NS-Führung propagandistisch ausgenutzt wurde. Was hätte wohl eine demokratische Regierung anders gemacht? Sollte der Vorgang mit Schweigen übergangen werden? Wiederholt wird von einem deutschen Vernichtungskrieg gesprochen. Es ist eine Beleidigung deutscher Soldaten, damit zu suggerieren, die Wehrmacht hätte sich wie die Rote Armee in Nemmersdorf verhalten. Damit sollen nicht die Verbrechen von Einsatzgruppen im Hinterland gegen Juden und bestimmte Gruppen geleugnet werden.

Verharmlosungen finden sich auch hinsichtlich des Schicksals der Deutschen in der Sowjetunion. Von Bestrafung ist die Rede. Wofür wurden sie bestraft? Man erfährt nichts über die grauenvollen Lebensbedingungen nach ihrer Verschleppung, nichts über die Ermordung von über 40 % der Männer dieser Volksgruppe in den 1930er Jahren. Der hunderttausendfache Tod deutscher Zivilpersonen in Zwangsarbeiterlagern in Polen, der Tschechoslowakei, der UdSSR oder in Jugoslawien ist kein Thema. Der Tod sowjetischer Kriegsgefangener findet Erwähnung, nicht aber der Tod deutscher Kriegsgefangener. Man sucht auch vergeblich nach exemplarischen Beispielen für Völkerrechtsverbrechen an Deutschen. Swinemünde, Todesfalle für 23.000 Flüchtlinge, totgebombt durch 600 amerikanische Flugzeuge am 04.03.1945, böte sich an und würde dem Andenken an diese Opfer gerecht.

Schon während der Diskussion um die Stiftung war uns klar, daß die Zeit zwischen den Weltkriegen weitgehend ausgeblendet werden würde, um das Bild des häßlichen Deutschen nicht zu verwässern. Wenn in der Konzeption dennoch auf aggressives Verhalten anderer Staaten eingegangen wird, dann mit nebulösen Formulierungen. Verdrängung und Repressionen hätten eine Mio. Deutsche in den abgetretenen Gebieten bewogen, in das Deutsche Reich umzusiedeln. Von Ausweisungen, Inhaftierungen oder Morden an Deutschen erfährt man nichts. Die Kündigung des Minderheitenschutzes durch Polen 1935 wird verschwiegen. Auch das Bild über die aggressiven Sudetendeutschen, die in das Deutschland der Nationalsozialisten strebten, bleibt erhalten. Keine Erwähnung des Massakers an den Sudetendeutschen durch tschechisches Militär am 04.03.1919, kein Hinweis auf die Unterdrückung bis 1938. Es rundet den Eindruck eines dubios wirkenden Papiers ab, wenn Kittler eine Fallstudie über die Germanisierungspolitik in Masuren ab 1933 in Erwägung zieht. Ist ihm nicht bekannt, daß die Masuren in einer Volksabstimmung sich 1920 zu 98 % für Deutschland entschieden hatten? Was kann dann eine Germanisierung noch bewirken? Dem Eckpunktepapier Wissenschaftlichkeit zu attestieren, wäre eine grobe Mißachtung von Redlichkeit und nur ein Beweis für intellektuelle Unordnung. Die Ausführungen lesen sich über weite Strecken wie die Verteidigungsrede eines Rechtsanwalts für Straftäter, hier für die Vertreiber. Enttäuscht kann man über das Ergebnis der Arbeit nicht sein, weil nichts Besseres zu erwarten war. Daß ein Professor der Geschichte ein solch mangelhaftes Werk abgeliefert, macht allerdings nachdenklich.

Leitartikel SN

Die Toten mahnen

Berlin, den 10.11.2010

Pressemitteilung der Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Westpreußen

Als im Oktober 2008, vor über 2 Jahren ein Massengrab in Marienburg bei Bauarbeiten entdeckt wurde, schwieg sowohl die deutsche als auch die polnische Regierung. Sie schweigen noch immer – sieht so Versöhnung über den Gräbern aus?

Polnische Bürger der Stadt Marienburg/Malbork sorgten dafür, daß die polnischen Verantwortlichen nicht darüber hinweggingen und die Gebeine der Toten bargen, zählten und untersuchten. Es waren Skelette von über zweitausend zivilen deutschen Toten. Eine präzise Untersuchung des riesigen Massengraves wurde nicht

vorgenommen. Es wurde nichts vermessen, nicht systematisch fotografiert; die Knochen wurden ausgebuddelt ohne besondere Sorgfalt und Fachkunde. Das gerichtsmedizinische Gutachten wurde nur über weniger als 30 Knochenreste erstellt. Die Ermittlungen wurden den polnischen Behörden überlassen. Es ist sicher, daß das Auswärtige Amt vermeidet, sich in dieser deutsch-polnischen Frage um Aufklärung zu bemühen.

Mehrere Marienburger baten um Auskunft über die Identität der Toten, über den Todeszeitpunkt und die Ursachen und Umstände des Todes. Warum waren die Toten ohne jede Bekleidungsreste, also nackt? Wie kamen sie alle in dieses Grab, wo ehemals die Kellergewölbe eines zerschossenen Hotels lagen? Wer wußte davon, bevor Bauarbeiter es entdeckten? Es ist bekannt, daß es noch viele Massengräber mit deutschen Opfern in den deutschen Heimatgebieten gibt.

Auf meinen Brief reagierte die zuständige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, bis heute gar nicht. Es schweigen auch die Verantwortlichen der Deutsch-polnischen Gesellschaft und andere Politiker, die Kenntnis von dem Brief haben. Bei über 2.000 deutschen Toten in Polen sollte den Historikern die Aufklärung übertragen werden, denn in den Archiven in Marienburg/Malbork und in Deutschland gibt es die Zeitzeugenberichte. Es müßte sich nur jemand zuständig fühlen; die Beauftragte für die deutsch-polnischen Beziehungen Pieper schweigt.

Zum Volkstrauertag wird wieder getrauert – offiziell mit Zapfenstreich, Kranzniederlegungen und Reden zum Frieden. Es ist gute Tradition, der Toten zu gedenken, die im Auftrage ihres Staates das Leben in einem Krieg lassen mußten. Inzwischen gibt es dankenswerterweise die Tradition, auch der zivilen Opfer von Kriegen zu gedenken. Und es tut gut, daß aus Staaten, die ehemals Kriegsgegner waren, Teilnehmer nach Deutschland kommen und gemeinsam mit Deutschen der Toten gedenken.

Außenminister Guido Westerwelle wird am Volkstrauertag im Bundestag die Gedenkrede halten. Er hält Reden, während sein Ministerium verschweigt, daß über 2.000 zivile Tote mit Geldern der Bundesregierung auf einem Kriegsgräberfriedhof beerdigt wurden, obwohl es zivile Opfer sind und ihr Todeszeitpunkt deshalb willkürlich vor Kriegsende festgelegt wurde. Kein deutscher Minister hat dort je einen Kranz niedergelegt.

Die Angehörigen aber, die noch immer nicht wissen, wann und wie ihre Mutter, ihre Schwester oder ihr Bruder umkamen, warten vergebens auf Verständnis und Aufklärung. Sie erleben mitleidslose Verdrängung im Namen einer zweifelhaften Versöhnung über den Gräbern.

Sibylle Dreher. Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen, Bischofsgrüner Weg 88. 12247 Berlin.
Nachfragen direkt per Tel. 030 – 766 782 03

Irrtum Gnädigste, die Revision ist längst unterwegs.

Verdrängte Tatsachen über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Es ist der tapferen Erika Steinbach zu verdanken, in der CDU-Bundestagsfraktion unlängst die Mitschuld Polens am Kriegsausbruch thematisiert zu haben, was dann prompt öffentlich wurde. Ihre Aussage: „Ich kann doch nichts dafür, daß Polen im März 1939 mit der Mobilmachung begann“ löste einen Sturm der Entrüstung der Tugendwächter der politischen Korrektheit aus. Hauptargument war dabei, daß die damalige Teilmobilisierung Polens nur eine Reaktion auf die deutsche Besetzung der Tschechei gewesen sei. Doch in der darauffolgenden Diskussion erinnerten große Zeitungen, darunter die „FAZ“, an eine in diesem Zusammenhang noch viel wichtigere Tatsache: die polnische Generalmobilmachung vom 29. August 1939.

Damit wurde das verdrängte Faktum öffentlich, daß Polen am 1. September 1939 an der Grenze zu Deutschland mobilgemacht bereit stand. Von „Überfall“ im Sinne eines Angriffs auf einen ahnungslosen und unvorbereiteten Gegner kann demzufolge niemand sprechen.

Lassen Sie uns der Frage nach dem Mitverschulden Polens am Kriegsausbruch noch ein wenig genauer nachgehen. Es geht dabei nicht darum, Deutschland reinzuwaschen – zumal Schuld ebenso wie Verdienst nie ganze Länder oder Völker treffen kann, sondern immer nur einzelne Personen. Es geht einfach darum, der Wahrheit über die tatsächlichen Abläufe etwas näher zu kommen.

Vollständigen Artikel unter: <http://www.ODFinfo.de/Zeitgeschichte/Die-Revision.htm>

„Die Heranziehung von noch mehr ausländischen Arbeitskräften stößt auf Grenzen. Nicht zuletzt führt sie zu weiteren Kostensteigerungen und zusätzlicher Belastung unserer Zahlungsbilanz.“

(Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU), 1965)

„Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.“

(Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), 1981)

„Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können es nach unserer Größe und wir können es wegen unserer dichten Besiedlung nicht Sein.“ (Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), 1984)

„Die Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten.“ (Innenminister Otto Schily, 1999)

„Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell.“

(Gerhard Schröder (SPD), 1997)

Die Reihe der Zitate deutscher Politiker - alle miteinander Spitzenpolitiker! - liebe sich beliebig verlängern. Sie zeigen vor allem dieses: Richtige Erkenntnisse zur Zuwanderung, ja, die gibt es seit Jahrzehnten!

Richtige Entscheidungen dagegen - Fehlanzeige!